

gesamt allerdings gelingen könne, müsse nach Frank Gadinger und Philipp Michaelis eine kommunikative Verbindung zwischen Entscheidungsträgerinnen und Bürgerinnen aufgebaut und gepflegt werden. Die Autoren plädieren für eine erzählerische Kommunikation, die weniger pragmatisch-technisch (wie das oft bemühte »Auf Sicht fahren«) ist als bisher.

## Teil II: Teilnehmen, Teilhaben, Kontrollieren: Plenum und Arenen

Mit kommunikativer Symbolik befasst sich auch Timo Grunden, dessen Beitrag den zweiten Teil des Bandes einleitet: Nach der Fernsehansprache der Bundeskanzlerin mit dem wiederkehrenden Motiv der »Macht des Wir« wuchs – seiner Einschätzung nach – der Optimismus und es schwand die Angst. Merkel verstand es demnach, in Worte zu fassen, was im März viele Deutsche dachten. Dabei führt Grunden den Erfolg dieser Rede Merkels auf spezifische und seltene Kontextbedingungen zurück und schlussfolgert, dass sie im Falle anderer Krisen nicht so wirkmächtig gewesen wäre.

Wie arbeiten Parlamente und Parteien in der Corona-Pandemie? Mit dieser Frage befassen sich alle weiteren Beiträge des zweiten Abschnitts, und zwar aus unterschiedlichen Blickwinkeln: Julia Jennewein und Simone Korte-Bernhardt nehmen sich der landespolitischen Ebene am Beispiel des Landtags Rheinland-Pfalz an und beobachten eine parlamentarische ad-hoc-Digitalisierung, um arbeitsfähig zu bleiben. Gleichfalls setzte man in Mainz nach kürzester Zeit darauf, im Plenum – jedoch aufgrund der pandemischen Einschränkungen andernorts als normalerweise – wieder mit allen gewählten Abgeordneten zu tagen, und so eine Präsenzkultur aufrecht zu erhalten.

Digitalisierung als einen zentralen Aspekt in der Pandemie greift Dennis Michels auf und ergründet, wie Parteien und auch der Bundestag die dringend erforderlichen Diskussionsprozesse in der Corona-Zeit aufrechterhalten, neu strukturiert oder reorganisiert haben. Digitale Parteitage haben die Grünen und die CSU durchgeführt. Der Bundestag arbeitete mit Videoübertragung und hat Abstimmungsurnen jenseits des Plenarsaals aufgestellt. Michels spricht in allen Fällen von Notlösungen, die kaum dauerhaft oder als Ersatz herkömmlicher Begegnungsformate etabliert werden dürften. Dies bestätigt Marcus Höreth, der in seinem Kapitel herausarbeitet, was passiert, wenn die öffentliche Sichtbarkeit von Politik abhanden zu kommen droht: Weil in der Krise die »Stunde der Exekutive« schlage, werde parlamentari-

sche Opposition nach außen scheinbar unsichtbar. Dabei erfüllten die Oppositionsparteien ihre Rolle in der Pandemie Höreth zufolge konstruktiv, als sie sich für »Mitregieren« (und nicht »Machtwechsel«) entschieden und kritisch an der Gesetzgebung mitarbeiteten. Wenn Parlamente (die schon in Normalzeiten kaum Beachtung finden und auf mäßiges gesellschaftliches Interesse stoßen) in der Pandemie nur noch rein technokratisch agierten, sei dies mit unserer Demokratie unvereinbar, lautet auch die entsprechende Schlussfolgerung von Claudia Landwehr und Armin Schäfer, mit deren Beitrag der zweite Abschnitt endet. Um Glaubhaftigkeit aufrecht zu erhalten, dürften nach Einschätzung der beiden Autorinnen Entscheidungen nicht aus Gremien mit gewählten politischen Vertreterinnen in politikhnahe oder von der Politik beauftragte Expertinnenrunden ausgelagert werden.

### Teil III: Kommunizieren, Senden, Verschwören: Meinungen und Einfluss

Wer wird in der Corona-Pandemie gehört? Diese Fragen schließen sich unmittelbar an die Überlegungen des vorherigen zweiten Teils an und werden im dritten Abschnitt des Buches von Ursula Weidenfeld und Peter Dausend adressiert. Während Weidenfeld aus der Vogelperspektive beschreibt, wie Politik sich an wissenschaftlicher Expertise orientiert hat und nicht von Medien getrieben agierte, benennt Dausend aus der Binnenperspektive pandemische Konfliktlinien zwischen Medien, Wissenschaft und Politik. Deren Logiken, so sein Argument, kollidierten in der Corona-Zeit zunehmend: Medial vermittelt als »Virologen-Zoff«, wenn wissenschaftliche Meinungen inkongruent waren beziehungsweise als »Ministerpräsidenten-Wettstreit«, wenn um die richtige politische Maßnahme gerungen wurde.

Wie dies wiederum auf die Gesellschaft zurückwirkt, diskutieren Andrea Römmele und Kai Unzicker in ihren Beiträgen. Römmeles Interesse fokussiert dabei vor allem auf mögliche Konsequenzen für die Demokratie. Die Pandemie führe vor Augen, dass unsere landläufig als selbstverständlich wahrgenommene Demokratie gerade jetzt besonders zu schützen sei. Doch zeichnet die Autorin keine eindimensional düsteren Zukunftserwartungen, sondern arbeitet vielmehr Faktoren heraus, die negativ verstärkend in der Pandemie wirken (können) und somit potenziell demokratiegefährdend sind (etwa soziale Ungleichheit). Diesen Ball nimmt Unzicker auf und belegt empirisch, dass Belastungen der Krise ungleich stärker all jene getroffen hätten,

deren sozio-ökonomische Lage schon vor der Pandemie schwierig war. Auch wenn in der Corona-Zeit Vertrauen in Mitmenschen und politische Institutionen gestiegen sei, sind die gesellschaftliche Trennungslinien nicht zu übersehen. Dies muss sodann die Parteien wieder auf den Plan rufen, wie Sebastian Bukow und Isabelle Borucki darauffolgend argumentieren. Bukow stellt die Frage, wie es sozial- und wirtschaftspolitisch angesichts einer Vielzahl pandemischer Wellen weitergehen kann. Programatische Abgrenzung müsse in seinen Augen das Gebot der Stunde nach einem erfolgreichen Krisenmanagement sein. Borucki zeigt allerdings neben den wenigen positiven Folgen (darunter die gelungene Digitalisierung der Parteiarbeit) vor allem negative Konsequenzen der Pandemie für fast alle Parteien auf: Innerhalb der CDU/CSU tobten Konkurrenz- und Machtkämpfe, die gar zu einer zwischenzeitlichen Verschiebung der Wahl einer neuen Vorsitzenden führten; andere Parteien litten aufgrund des kooperativen Krisenmanagements unter zunehmender Nicht-Unterscheidbarkeit.

Am Ende des dritten Teils stehen sowohl Antworten als auch neue Fragen, die vor allem sozial- und wirtschaftspolitische Interessen und deren Durchsetzbarkeit betreffen. Der vierte Teil des Buches nimmt daher den bundesrepublikanischen Korporatismus in den Blick.

#### Teil IV: Interessieren, Durchsetzen, Blockieren: Macht und Organisation

Wessen Anliegen und welche Interessen setzen sich in der Corona-Pandemie durch? Dieser Frage gehen die Beiträge von Till van Treeck, Britta Rehder und Maximilian Schiffers nach. Die Corona-Pandemie ist für alle Menschen eine Belastung, weil sie einen Kontrollverlust mit sich bringt, argumentiert van Treeck. So fühlen sich auch diejenigen bedroht, denen es wirtschaftlich gut oder besser geht. Um den Eindruck von Bedrohung abzumildern, müsse (nicht nur das politische System, sondern auch) Wirtschaftspolitik Resilienz vermitteln. Dies ist folgerichtig, wenn man, wie Rehder, zu Bedenken gibt, dass Wirtschaftsinteressen stets die vergleichsweise größte Beachtung im Vergleich zu anderen (un)organisierten Interessen erhalten. In der Pandemie (beziehungsweise im Lockdown<sup>2</sup>) und aufgrund der damit verbundenen

---

<sup>2</sup> In der Diskussion um die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie fällt häufig der Begriff *Lockdown*, der seinen Ursprung in der englischen Sprache hat und kurz gefasst für eine polizeilich angeordnete Ausgangssperre bei zum Beispiel Fahn-

Einschränkungen des Wirtschaftsgeschehens tendierte ihre Konfliktfähigkeit allerdings gegen Null. Das kurz geöffnete Gelegenheitsfenster bestimmter (negativ betroffener oder schon vorher und allgemein schlechter gestellter) Beschäftigungsgruppen, die in der Corona-Zeit über die intensive mediale Berichterstattung in den Fokus der Öffentlichkeit gelangen konnten, hat sich jedoch zwischenzeitlich ungenutzt wieder geschlossen. Erklärungen hierfür entwickelt Schiffers: In seinem Kapitel zeigt er die Ungleichheiten, Schieflagen und Lücken des Systems der Interessenvermittlung auf, die unter dem Vergrößerungsglas der Krisenreaktion besonders deutlich sichtbar würden. Seiner Ansicht nach erschweren und verhindern Kontaktbeschränkungen die Arbeitspraxis der Interessenvertretungen. Dies trifft vor allem kleine und schlechter ausgestattete Gruppen besonders hart.

Solche schlecht organisierten Interessengruppen sind etwa Geflüchtete und asylsuchende Menschen. Insgesamt ist die Asylpolitik, die seit 2015 ein politischer Dauerbrenner ist, weitgehend wieder von der Agenda verschwunden. Dabei sieht Julia Rakers eher eine Verdrängung der Problematik durch andere verwandte Herausforderungen (beispielsweise Arbeitsmigration, Saisonarbeit). Nach Ansicht der Autorin wird im Verlauf der Pandemie ein alter Konflikt sichtbar, der in der Frage gipfelt: *who is first?* – sind es also die wirtschaftlichen Interessen oder das Recht auf Asyl, was prioritär ist? In anderer Weise greift dies auch Helene Gerhards in ihrem Beitrag auf. Ihr geht es um Biopolitik, deren zentrale Elemente in der politischen Bekämpfung der sozialen und politischen Folgen der Corona-Pandemie in Deutschland eindrücklich sichtbar würden. Beispielhaft dafür nennt die Autorin die Verwirklichung des politischen Zieles, die Kurve der Neuinfektionen abzuflachen, flächendeckende Vorschriften zum Tragen von Mund-Nase-Schutz und extensive Diskussionen über Langzeitfolgen einer Corona-Erkrankung.

---

dungsaktionen steht. Mit dem Herunterfahren des öffentlichen Lebens in China fand dieser Begriff Eingang in die Umgangssprache, um die verschiedenen (nicht-pharmazeutischen) Maßnahmen der Pandemie-Bekämpfung mit einem Ausdruck zu beschreiben, weswegen wir diesen Begriff in diesem Band nutzen. Ob es im Frühjahr 2020 tatsächlich einen Lockdown in Deutschland gab, und ob dieser Begriff für die vergleichsweise milden Maßnahmen in Deutschland angemessen ist, ist umstritten.

## Teil V: Erforschen, Beraten, Erinnern: Wissen und Nicht-Wissen

Kaum ein Themenfeld wurde in der akuten Krisenbewältigung so offensichtlich, wie die Frage nach der ungleichen Verteilung von Wissen und Nichtwissen. Pandemien sind nicht neu, aber gleichwohl stellt sich die Frage nach übertragbaren Erkenntnissen aus der Vergangenheit.

Mit solchen historischen Analogien – die in der Corona-Pandemie angesichts ihrer globalen Vielschichtigkeit besonders schwerfallen – befassen sich die Beiträge von Benjamin Scheller und Marcus Böick. Scheller hält die Suche nach historischen Analogien für eine Form der reaktiven Kontingenzbewältigung. Die Pandemien der Vergangenheit taugen seiner Ansicht nach nicht als historische Analogie. Um aus historischer Erfahrung die richtigen Schlüsse ziehen zu können, müssten die Unterschiede zwischen früheren Pandemien und der aktuellen Lage stärker berücksichtigt werden. Böick nimmt im darauffolgenden Kapitel dann auch keinen Pandemie-Vergleich vor, sondern rückt die deutsche Wiedervereinigung als Vergleichsfolie ins Zentrum seiner Betrachtung. Ihn interessieren die staatliche Bewältigung und gesellschaftliche Verarbeitung eines völlig anders gelagerten ökonomischen Schockmoments. Am Ende steht die Erkenntnis, dass jenseits des Materiellen, auch die Emotionen der Betroffenen nicht unberücksichtigt bleiben sollten. Dies leuchtet unmittelbar ein, denn Emotionen können in Krisen (politisch) handlungsleitend werden. Wozu dies führt bzw. führen kann, untersucht Simon Hegelich. Wie auch Andreas Busch trägt er damit ein Kapitel im weiten Feld der wissenschaftliche Politikberatung beziehungsweise über die Rolle von Expertinnenwissen in der Corona-Pandemie bei. Busch vergleicht die Krisenbewältigungsstrategien in Deutschland mit denen Großbritanniens und der USA. Gerade im Falle einer Pandemie hält er es für unausweichlich, dass politische Entscheidungsträgerinnen auf medizinisches, virologisches und epidemiologisches Fachwissen zurückgegriffen haben. Im Drei-Länder-Vergleich schneidet Deutschland am besten ab, weil zügig und (bestmöglich) informiert entschieden und gehandelt werden konnte und auch wurde. Hegelich bewertet den deutschen Fall allerdings anders: für die getroffenen politischen Entscheidungen und die der Bevölkerung auferlegten Maßnahmen gebe es gar keine evidenten Erfolgsbelege. Das heißt, trotz aller Maßnahmen stiegen die Zahlen wieder und weiter an. Die Corona-Politik sei damit gescheitert beziehungsweise basiere nicht auf evidenten Fakten, sondern sei vielmehr zur Glaubensfrage mutiert.

Der fünfte Teil des Bandes endet schließlich mit einem Plädoyer für Demokratiebildung. Karina Hauke-Hohl beschreibt das Erfordernis, für die